

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

6. Oktober 2020  
**17.2020**

Im öffentlichen Nahverkehr finden Warnstreiks statt, um Verhandlungen über bundesweite Mindestarbeitsbedingungen in den kommunalen Verkehrsunternehmen zu erreichen. Die Arbeitsbedingungen wurden in den letzten 20 Jahren immer weiter verschlechtert:

■ Ein Fünftel weniger Beschäftigte als 1998 transportiert 25 Prozent mehr Fahrgäste. Frei werdende Stellen wurden nicht neu besetzt und Auszubildende nicht übernommen, um Kosten zu sparen. Das führt zu enormer Arbeitsverdichtung.

■ Die verbleibenden Beschäftigten können oft ihre Pausen nicht nehmen, damit der Fahrplan trotzdem eingehalten wird. Selbst für den Gang zur Toilette bleibt oft keine Zeit.

■ Die gestiegene Belastung führt zu hohen Krankenständen in der Belegschaft, weshalb regelmäßig Fahrten ausfallen. Leidtragende sind auch die Fahrgäste.

■ Beschäftigte müssen oft an ihren freien Tagen einspringen, denn bezahlte Dienstbereitschaften wurden gestrichen, um Kosten zu drücken.

■ Zur weiteren Kostensenkung wurden »geteilte Dienste« eingeführt: dieselbe Kolleg\*in fährt nun morgens und abends den Bus. Die Zeit dazwischen wird nicht bezahlt, selbst wenn sie an einer entfernten Endhaltestelle stattfindet. Zwischen Beginn und Ende des Arbeitstages liegen dadurch oft bis zu 12 Stunden. Familienleben ist so schwer möglich. Und dringend benötigtes Personal kaum zu finden. Dadurch fallen noch mehr Fahrten aus.

Die Beschäftigten sagen: Schluss damit! Sie fordern einen bundesweiten Rahmentarifvertrag über die Arbeitsbedingungen im Nahverkehr. Es muss wieder in gute Arbeitsbedingungen investiert werden, um ein verlässliches Angebot sicherzustellen. Dann können auch mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen und ihr Auto beruhigt stehen lassen. Nur dann gelingt eine sozial und ökologisch gerechte Verkehrswende!

Die Kommunalen Arbeitgeberverbände weigern sich, mit den Beschäftigten über einen einheitlichen Rahmentarifvertrag zu verhandeln. Sie wollen die Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte im ÖPNV fortsetzen. Diese Kürzungen gehen zu Lasten der Menschen, die auf einen funktionierenden Nahverkehr angewiesen sind. Die Vereini-

Zu den Streiks im ÖPNV

# Gemeinsam für gute Arbeit im öffentlichen Nahverkehr

gung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sagt, sie hat für bundesweite Verhandlungen kein Mandat, und verschweigt, dass die kommunalen Arbeitgeberverbände selbst über die Mandatierung abzulenken, versuchen sie, die Fahrgäste gegen die streikenden Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di aufzubringen.

## Geld ist da – der politische Wille fehlt!

Klar ist: Gute Arbeitsbedingungen kosten Geld. Die Bundesregierungen haben die Steuern für Reiche und große Konzerne gesenkt und damit die öffentlichen Einnahmen verringert. Das verminderte auch die Einnahmen der Kommunen, die für die Bestellung des Nahverkehrs zuständig sind. SPD und CDU könnten im Bundestag sofort ein Gesetz zur ausreichenden Finanzierung des ÖPNV und der Kommunen beschließen. Sie könnten auch sofort beschließen, die über 1 Million Millionäre in Deutschland wieder so zu besteuern, dass sie gerecht zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Das tun sie aber nicht. Stattdessen setzen sie darauf, dass die Menschen vor Ort den Beschäftigten die Schuld geben, wenn der Bus nicht fährt, und dass sie nicht fragen, warum so wenig Geld für öffentlichen Verkehr da ist. Durch die Weigerung, mit ver.di überhaupt zu verhandeln, missbrauchen sie die Fahrgäste, um die ÖPNV-Beschäftigten zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen.

## Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen:

Wir alle brauchen den ÖPNV. Und die Beschäftigten im ÖPNV brauchen jetzt uns. Gemeinsam schaffen wir einen guten öffentlichen Nahverkehr. Für alle. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Wir fordern die Verantwortlichen im VKA und den kommunalen Arbeitgeberverbänden auf, endlich mit ver.di über anständige Arbeitsbedingungen zu verhandeln! Wir sind nicht bereit, die Verrohung der Arbeitsstandards im Interesse der Profite und Steuersenkungen für wenige noch länger zu dulden.

## DIE LINKE fordert

■ Ausbau der Linien in den Städten und auf dem Land, Takte müssen dichter werden.

■ Damit alle unabhängig vom Geldbeutel mitfahren können, wollen wir schrittweise die Fahrpreise senken Richtung Nulltarif, beginnend mit Schüler\*innen, Azubis, Sozialhilfebeziehenden und Rentner\*innen.

■ Die Kommunen dürfen mit den Kosten nicht allein gelassen werden. Der Bund muss ein Förderprogramm für besseren, kostenfreien ÖPNV auflegen.

■ Der Bund muss Investitionshilfen für den ÖPNV bereitstellen. Es ist Zeit für einen ÖPNV-Gipfel! In 15 Städten mit den schlechtesten Luftverhältnissen wollen wir ein **Pilotprojekt ÖPNV zum Nulltarif**.

Aus den Ergebnissen müssen Schlüsse gezogen werden für einen schnellen, bundesweiten Umstieg auf einen – besser ausgebauten – ÖPNV zum Nulltarif.

■ Gute Arbeitsbedingungen und anständige Bezahlung sind Voraussetzung, um das Personal dafür zu finden. #jetztseidihdran gilt auch für die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr!

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**